

Angelina Keil

Wirtschaftschronik

I. Quartal 1991

Der Krieg zur Befreiung des besetzten Kuwait beeinflusste die internationale Wirtschaft wesentlich. Das Vertrauen in die Alliierte Militärmacht und in das internationale Krisenmanagement ließ kurz vor und während der militärischen Offensiven den Erdölpreis sinken.

Etwa sechs Wochen nach Beginn der Militäraktionen wurde Kuwait befreit und die Kampfhandlungen eingestellt.

Der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (COMECON) wurde aufgelöst, Verhandlungen über die Nachfolgeorganisation sind im Gange.

1. Jänner: In der ČSFR treten grundlegende Wirtschaftsreformen in Kraft: Die Preise werden weitgehend freigegeben, nur jene von Energieträgern, Getreideprodukten und Mieten sowie die Verkehrstarife bleiben unter staatlicher Kontrolle. Unternehmen werden im Rahmen von Versteigerung an Inländer verkauft. Mit der „inneren Austauschbarkeit“ der Krone wird ein Schritt in Richtung Devisenliberalisierung gesetzt. Unternehmen können demnach unbegrenzt Devisen kaufen, müssen aber selbsterwirtschaftete Devisen gegen Kronen tauschen. Der Jugoslawische Dinar wird um 28,5% abgewertet. Seine bisher festgelegte Parität gegenüber der DM von 7 Dinar je DM wird mit 9 Dinar je DM neu festgelegt.

Ausland

6. Jänner: Der seit 1949 bestehende Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (COMECON) hat in Moskau seine Auflösung beschlossen. Mit der Abschaffung des Transferrubels am 1. Jänner 1991 — er war im COMECON die interne Verrechnungseinheit — und der Einführung konvertibler Währungen wurde ihm eine wesentliche wirtschaftliche Grundlage entzogen. Ihn ersetzt künftig die Organisation für internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit (OIWZ), sie soll ein loser Zusammenschluß der ehemaligen Mitgliedsländer des COMECON sein.

17. Jänner: Die USA und die Alliierten greifen Bagdad und Kuwait aus der Luft an.

Die Internationale Energieagentur (IEA) hat ihren Notstandsplan zur Si-

cherung der Erdölversorgung in Kraft gesetzt. Darin werden die Mitgliedsländer aufgefordert, innerhalb von zwei Wochen pro Tag 2,5 Mill. Barrel Rohöl zur Verfügung zu halten, wobei 2 Mill. Barrel aus strategischen Reserven, 400 000 Barrel durch Drosselung der Nachfrage und 100 000 Barrel durch Umstellung auf andere Energieträger bereitgestellt werden.

Der Rohölpreis sinkt von 30,37 \$ je Barrel (Brent) auf 19,3 \$ je Barrel.

21. Jänner: Im Rahmen einer Zusammenkunft der G 7 (Japan, USA, Großbritannien, Frankreich, BRD, Italien) in New York wird den USA weitere finanzielle Unterstützung für den Golfkrieg zugesichert. Die Beiträge Japans werden hinaufgesetzt — von 4 Mrd \$ auf 10 Mrd \$ —, auch die Bundesrepublik Deutschland wird ihre Zahlungen — ursprünglich 3,3 Mrd DM — erhöhen.

In einer gemeinsamen Erklärung der G 7 wird Polen und Ägypten mehr als ein Drittel ihrer öffentlichen Schulden erlassen.

24. Jänner: Japans Regierung beschließt, die multinationalen Truppen am Persischen Golf mit weiteren 9 Mrd \$ zu unterstützen. Grundsätzlich sollte Japan 20% der Kriegsko-

sten übernehmen. Diese Ausgaben werden voraussichtlich über zusätzliche Steuereinnahmen finanziert.

30. Jänner: Die EG-Kommission beschließt, an die vom Golfkonflikt besonders betroffenen Staaten 500 Mill. ECU zu zahlen. Ägypten und die Türkei erhalten je 175 Mill. ECU und Jordanien 150 Mill. ECU.

31. Jänner: Die Deutsche Bundesbank erhöht ihre Leitzinsen um ½ Prozentpunkt. Der Diskontsatz beträgt nun 6,5% und der Lombardsatz 9% (vgl. Österreich-Chronik).

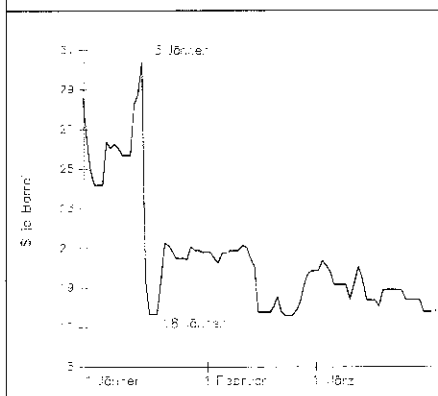
Die Deutsche Bundesregierung unterstützt im Golfkrieg die USA mit 8,4 Mrd. DM, Großbritannien mit 1 Mrd. DM. Israel erhält 1 Mrd. DM. Die gesamten Aufwendungen der BRD für den Golfkrieg betragen bereits 16,3 Mrd. DM.

22. Februar: Der Rohölpreis erreicht mit 17,58 \$ je Barrel (Brent) im I. Quartal 1991 seinen Tiefstand.

Die Notenbank der USA senkt den Diskontsatz von 6,5% auf 6%. Als Be-

Entwicklung der Rohölpreise im I. Quartal 1991

Spotmarktpreis „Brent“



gründung werden die schleppende Kreditvergabe und ein nachlassender Inflationsdruck angegeben

24. Februar: Die Streitkräfte der USA und der Alliierten beginnen mit der Landoffensive zur Befreiung Kuwaits

27. Februar: Die Kampfhandlungen am Persischen Golf werden eingestellt. Rohöl (Brent) notiert in London mit 19,13 \$ je Barrel.

1./2. März: In Genf findet ein informelles Ministertreffen der EFTA-Staaten unter dem Vorsitz von Wirtschaftsminister Schüssel statt. Im Mittelpunkt der Unterredungen steht der Europäische Wirtschaftsraum. Liechtenstein überreicht seinen Antrag auf Aufnahme als eigenständiges Mitglied in die EFTA.

11. März: Die OPEC beschließt bei einem Treffen in Genf, die Erdölfördermenge ab dem II. Quartal 1991 auf 22,3 Mill. Barrel pro Tag zu beschränken. Zum Ausgleich des Ausfalls von Erdöl aus Kuwait und dem Irak infolge der Kriegsschäden werden die Förderquoten Saudi-Arabiens, der Vereinigten Arabischen Emirate, Venezuelas und des Iran erhöht. (Ursprünglich waren mit Beginn der Golfkrise die Fördermengen freigegeben worden. Davor waren pro Tag 22,5 Mill. Barrel gefördert worden.)

13. März: Die EG-Kommission gibt 3 Mrd. ECU zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung in Ostdeutschland frei.

15. März: Im Rahmen des „Pariser Clubs“, eines informellen Verhandlungsforums von Regierungsvertretern westlicher Gläubigerländer und ihrer Schuldnerländer, wird beschlossen, Polen 50% seiner aushaftenden Verbindlichkeiten zu erlassen. Polen ist mit rund 30 Mrd. \$ bei Regierungen und 10 Mrd. \$ bei Geschäftsbanken verschuldet. (Bisher wurden den höchstverschuldeten Entwicklungsländern höchstens 33% ihrer Verbindlichkeiten erlassen.)

16., 17. März: Anlässlich eines Treffens in Moskau finden COMECON-

Mitgliedsländer keine Einigung über die künftige Gestaltung einer Nachfolgeorganisation. Während die UdSSR, Bulgarien, Vietnam, Kuba, die Mongolei und Rumänien eine direkte Rechtsnachfolge in einer „Organisation für internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit“ (OIWZ) anstreben, sehen Ungarn, Polen und die ČSFR diese neue Organisation nicht als Nachfolgeorgan, sondern als regionale Organisation mit nur konsultativem Charakter. Weitere Verhandlungen werden auf April vertagt.

Österreich

1. Jänner: Die Kollektivvertragslöhne der Handelsangestellten werden mit Jahresbeginn um 6,5% erhöht, und für alle Mitarbeiter mit Lehrlab-

In den Verhandlungen um den EWR-Vertrag strebt die EG eine Unterzeichnung des Transitabkommens bis Jahresmitte an. Österreichs Vorschlag einer „Öko-Punkte-Karte“ wird als Verhandlungsbasis akzeptiert.

schlußprüfung ein Mindestlohn von brutto 10.000 S vereinbart. Die Gehälter und Pensionsbezüge der Bediensteten im öffentlichen Dienst werden um 5,9% angehoben. Mit Berücksichtigung des Nachschlags im April 1990 ergibt dies im Jahresdurchschnitt 1991 eine Lohnsteigerung von 6,4%.

14.-16. Jänner: Die neuaufgelegte Bundesanleihe mit einer Laufzeit von 10 Jahren weist mit 8,82% die höchste Rendite in diesem Quartal auf.

31. Jänner: Die Arbeiter im Mineralölhandel erhalten rückwirkend mit 1. Jänner 1991 eine Erhöhung der Kollektivvertragslöhne um 7,8% und der Ist-Löhne um 6,3%.

1. Februar: Die Gehälter der rund 70.000 Bankangestellten werden um einen Sockelbetrag von 155 S und um 5,2% erhöht.

Parallel zur deutschen Leitzinsenerhöhung um 0,5 Prozentpunkte legt auch die Oesterreichische National-

bank den Diskontsatz mit 7% und den Lombardsatz mit 9% fest.

18. Februar: Auf Einladung der EG-Kommission trifft Bundeskanzler Vranitzky mit Präsident Delors in Brüssel zusammen. Themen der Gespräche sind einerseits die Bewerbung Österreichs um EG-Mitgliedschaft und andererseits Anliegen der EFTA — ihr Präsident ist Vranitzky.

1. März: Die Kollektivvertragslöhne in der papier- und pappeverarbeitenden Industrie werden um 7,9% angehoben, die Ist-Löhne um 6,2%, der Nachtzuschlag auf 24 S pro Stunde. Der Mindestlohn pro Monat wird auf 10.000 S hinaufgesetzt.

Die Ist-Löhne der Bekleidungsarbeiter werden um 3,50 S erhöht und eine etappenweise Anhebung der Tariflöhne vereinbart (1. März 1991, 1. März 1992 und 1. Dezember 1992), sodaß mit dem letzten Zeitpunkt der kollektivvertragliche Mindestlohn von 10.000 S erreicht wird.

21. März: Der Bundesvoranschlag 1991 sieht Ausgaben von 600,3 Mrd. S und Einnahmen von 537,1 Mrd. S vor, wodurch sich ein Nettodefizit von 63,2 Mrd. S ergibt. Der Anteil der Neuverschuldung am BIP beträgt 3,25%. Die Gesamtausgaben werden um 6,4% steigen. Für die Ressorts Wissenschaft und Forschung (+13,5%) und Innere Sicherheit (+12,4%) sind überdurchschnittliche Ausgabensteigerungen vorgesehen.

27. März: Im Rahmen von Transitverhandlungen — unter Teilnahme der EG-Mitgliedsländer, Österreichs und der Schweiz — in Brüssel unterbreitet Verkehrsminister Streicher dem EG-Kommissar Van Miert Österreichs Vorschlag einer „Öko-Punkte-Karte“. Der Verbrauch von Punkten sollte nach dem Schadstoffausstoß gestaffelt sein. Gleichzeitig soll die Zahl der verfügbaren Punkte bis zum Jahr 2000 auf die Hälfte sinken. Über die Gültigkeitsdauer kann man sich nicht einigen. Die EG möchte sie mit höchstens 10 Jahren, Österreich jedoch mit 15 bis 20 Jahren ansetzen.

Abgeschlossen am 27. März 1991